

UNSERE WOCHEN IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

Tattoo-Studio statt Landtag hieß es am Mittwoch für insgesamt sechs unserer FREIE WÄHLER-Abgeordneten. Denn sie haben sich unweit vom Maximilianeum ein Organspende-Tattoo stechen lassen. Thomas Zöller, pflegepolitischer Sprecher sowie Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, hat die ungewöhnliche Aktion gemeinsam mit dem Verein „Junge Helden“ ins Leben gerufen. Sie soll dazu anregen, sich mit dem Thema Organspende auseinanderzusetzen. Durch das Tattoo soll die Bereitschaft zur Organspende als sichtbares Zeichen auf der Haut sofort erkennbar sein. Ein Video mit allen Highlights der Aktion finden Sie [HIER](#).

Zudem ließ uns das Auseinanderbrechen der Berliner Ampel-Koalition auch in dieser Woche keine Ruhe. Denn der Kanzler hat es vorgezogen, seine Regierungserklärung nicht mit einer Vertrauensfrage zu verbinden. Stattdessen bleibt er mit seiner Regierung ohne Mehrheit und ohne jeglichen Rückhalt in der deutschen Bevölkerung viel länger als notwendig im Amt. Dieser Zustand hat nicht nur gravierende Folgen für Deutschland, sondern auch für den Freistaat. Was wir daher in unserem Dringlichkeitsantrag im Plenum gefordert haben, erfahren Sie auf Seite 2!

Außerdem steht für uns FREIE WÄHLER im Landtag fest: **Wir werden den von der Staatsregierung vorgelegten Entwurf des 1. Modernisierungsgesetzes Bayern gemeinsam mit dem Koalitionspartner nachbessern. Wie genau, erfahren Sie auf Seite 4!**

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Ihr Heimatabgeordneter

Dr. Martin Brunnhuber



UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 2:

UNSER DRING-
LICHKEITSANTRAG IM
PLENUM

SEITE 3:

NACHTRAGSHAUS-
HALT 2025

SEITE 6:

UNSERE SOCIAL
MEDIA-BEITRÄGE

RÜCKBLICK

Benachteiligung des Freistaats durch den Bund: Bayern darf nicht nur die Cash-Cow sein, die gemolken, aber nicht gefüttert wird!

Die gezielte Benachteiligung Bayerns, wie sie durch die Ampel-Koalition aus purer Ideologie betrieben wurde, muss aufhören.

Die Bundesregierung muss künftig wieder gezielt in zukunftsstarke Regionen wie den Freistaat investieren.

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Die Ampel-Koalition ist gescheitert: Bundeskanzler Olaf Scholz hat Finanzminister Christian Lindner entlassen. Nach dem Auseinanderbrechen der Bundesregierung droht Deutschland ein lähmender Stillstand. Denn der Kanzler hat es vorgezogen, seine Regierungserklärung nicht mit einer Vertrauensfrage zu verbinden. Stattdessen bleibt er mit seiner Regierung ohne Mehrheit und ohne jeglichen Rückhalt in der deutschen Bevölkerung viel länger als notwendig im Amt.

Dieser Zustand hat nicht nur gravierende Folgen für Deutschland, sondern auch für den Freistaat. Insbesondere die gezielte Benachteiligung Bayerns, wie sie durch die Ampel-Koalition aus purer Ideologie betrieben wurde, muss aufhören! Dafür haben wir uns am Mittwoch mittels Dringlichkeitsantrag im Plenum eingesetzt.

Die Bundesregierung muss künftig wieder gezielt in zukunftsstarke Regionen wie Bayern investieren. Der Freistaat darf nicht nur die Cash-Cow sein, die gemolken, aber nicht gefüttert wird. Daher fordern wir, dass Bayern als wirtschaftlicher und technologischer Motor Deutschlands wieder in den Fokus genommen wird, zum Beispiel durch verbesserte Rahmenbedingungen, einen schnellen Anschluss an das Wasserstoffkernnetz und Investitionen in Bayerns starke Forschungslandschaft.

Wir fordern, dass Bayern als wirtschaftlicher und technologischer Motor Deutschlands wieder in den Fokus genommen wird.

Etwa durch verbesserte Rahmenbedingungen, einen schnellen Anschluss an das Wasserstoffkernnetz und Investitionen in Bayerns starke Forschungslandschaft.

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Gerade der Freistaat zeigt, wie wirtschaftliche Stabilität und der Wohlstand der Menschen mit Vernunft und Sachlichkeit geschützt werden kann. Mehr [HIER](#).

Nachtragshaushalt 2025: Bayernkoalition sorgt für finanzielle Stabilität im Land und bei den Kommunen



Der Freistaat Bayern hat im Juni 2024 den Doppelhaushalt beschlossen, der auch die Grundlage für 2025 bildet. Massive Steuerausfälle in Höhe von 1,3 Milliarden Euro, Steuerrückzahlungen in Höhe von 500 Millionen Euro aufgrund der Ergebnisse des Zensus und die zusätzlichen Leistungen des Freistaats in Höhe von 608 Millionen Euro an die Kommunen haben einen Nachtragshaushalt jedoch erforderlich gemacht. In schwierigen Zeiten und einer

einzigartigen Krise im Bund steht der Freistaat Bayern sicher und seriös da. Das Bayerische Kabinett hat einen klugen und beachtlichen Haushalt beschlossen, der dem Landtag vorgelegt wird. Der Vorschlag der Staatsregierung beschreitet den richtigen Weg in die Zukunft unseres Landes. Mit einer bundesweit herausragenden Investitionsquote in Höhe von 15 Prozent stellen wir die Weichen für die Zukunft. Damit sorgt unsere Bayernkoalition einmal mehr für finanzielle Stabilität im Land sowie bei den Kommunen und für eine verlässliche Politik, die wir auch vom Bund erwarten.

Die Erarbeitung des Nachtragshaushalts durch den Finanzminister, die Staatsregierung und die Vertreter der Regierungsfractionen war extrem herausfordernd. Wir können jedoch feststellen, dass wir einen Weg gefunden haben, der die Zukunftsfähigkeit Bayerns insbesondere in den Kernbereichen Wirtschaft, Bildung und Forschung sicherstellt. Außerdem haben wir einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung unserer Kommunen geleistet. Um künftig handlungsfähig zu bleiben, muss sich aber insbesondere die Wirtschafts- und Flüchtlingspolitik des Bundes massiv zum Besseren wenden. Mehr [HIER](#).

Die Eckpunkte:

- Gesamtausgaben in Höhe von rund 77 Milliarden Euro
- Ausgabensteigerung um rund fünf Prozent
- Investitionsausgaben in Höhe von rund 12 Milliarden Euro
- Eine stabile, bundesweit herausragende Investitionsquote in Höhe von 15 Prozent

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

1. Modernisierungsgesetz Bayern: Obergrenze für maximale Anzahl an Kfz-Stellplätzen wird deutlich erhöht



Wir FREIE WÄHLER im Landtag werden den von der Staatsregierung vorgelegten Entwurf des 1. Modernisierungsgesetzes Bayern gemeinsam mit dem Koalitionspartner nachbessern. So soll die vorgeschlagene Obergrenze für die Zahl der Kfz-Stellplätze, die Kommunen beim Wohnungsbau vorschreiben dürfen, deutlich erhöht werden. Denn ein Stellplatz je Wohnung – das geht völlig an der Lebensrealität des ländlichen Raums vorbei. Wir erhöhen die Obergrenze auf zwei Stellplätze.

Eine Ausnahme gibt es für den Bau von Sozialwohnungen: Bezogen auf zwei Wohnungen soll hier höchstens ein Stellplatz gefordert werden dürfen. Mit einem geringeren Stellplatzbedarf bei finanzschwachen Haushalten hat dies nichts zu tun. Vielmehr soll die Neuregelung weitere

Baukostensteigerungen im geförderten Wohnungsbau dämpfen. In der aktuellen Wirtschaftslage müssen wir mit knappen Fördergeldern eine maximale Wirkung für den Wohnungsbau erzielen. Weil daneben die Übertragung der Regelungskompetenz auf die Gemeinden ein grundlegender Paradigmenwechsel ist, werden wir die Folgen der Gesetzesänderung gründlich und sehr zeitnah bereits nach zwei Jahren überprüfen.

Mit dem Gesetzentwurf werden zudem die Schaffung von Wohnraum durch Dachgeschossausbau und Nutzungsänderungen erleichtert. Damit die Kommunen handlungsfähig bleiben, schaffen wir eine unbürokratische Anzeigepflicht. Wer künftig ohne Baugenehmigung ein Dachgeschoss ausbaut oder Gewerberäume zu Wohnungen umbaut, muss die Gemeinde darüber zumindest in Kenntnis setzen. So können die Feuerwehren über relevante bauliche Veränderungen informiert bleiben und Abwasserbeiträge korrekt erhoben werden. Mehr [HIER](#).

Fortsetzung der kommunalen Schwimmbadförderung: Sanierungsstau ist weiterhin groß!

Wir FREIE WÄHLER im Landtag fordern eine rasche Verlängerung des zum Jahresende 2024 auslaufenden Sonderförderprogramms für kommunale Schwimmbäder – denn der Sanierungsstau ist weiterhin groß. Mehrere Milliarden Euro müssen in die Sanierung kommunaler Bäder fließen. Weil Städten und Gemeinden die nötigen Mittel fehlen, unterstützt sie der Freistaat mit einem Förderprogramm. Im Sommer 2023 wurden die Fördersätze noch einmal deutlich erhöht. Jetzt geht es darum, das zum Jahreswechsel auslaufende Programm zu verlängern. Mehr [HIER](#).

Insolvente MARO-Wohnungsbaugenossenschaft: Dank eines Kraftakts aller Beteiligten kann die Sanierung beginnen!

Mehr als 4,3 Millionen Euro an Rettungskapital hat die insolvente MARO-Genossenschaft gesammelt. Die vom Insolvenzverwalter ausgegebene Schwelle von „mindestens vier Millionen Euro“ wurde damit deutlich überschritten. Wir FREIE WÄHLER im Landtag gratulieren allen Beteiligten herzlich zu diesem Erfolg. Es war ein wahrer Kraftakt, den die Bewohner, der Vorstand und Aufsichtsrat der MARO, der Insolvenzverwalter und die beteiligten Banken vollbracht haben. Mehr [HIER](#).

Arbeitsentlastung von Grund- und Mittelschulpädagogen: Wir möchten Lehrkräfte in Bayern zeitlich entlasten!

Bayerns Lehrerinnen und Lehrer leisten hervorragende Arbeit und sollten ihren Fokus noch stärker auf die wichtige Wissensvermittlung an unsere Kinder legen können. Deshalb wurden am Donnerstag auf Initiative von uns FREIEN WÄHLERN im Landtag im Bildungsausschuss zwei Anträge beschlossen, die bei Pädagogen in Grund- und Mittelschule für Entlastung sorgen. Im Fokus: Die Änderung der Zeugnismodalitäten der Jahrgangsstufen 5 und 6 an Mittelschulen sowie der 4. Klasse an Grundschulen. Mehr [HIER](#).

UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE – DANKE FÜR'S TEILEN!



#Lockelmlandtag: Befragung im Ausschuss!

Unsere Abgeordneten im Bayerischen Landtag können in den Ausschüssen Mitglieder der Staatsregierung befragen – so wie kürzlich Justizminister Georg Eisenreich. Im Ausschuss für Verfassung und Recht schilderte er die bisherigen Vorgänge zu den Anschuldigungen gegen JVA-Mitarbeiter in Augsburg-Gablingen. Die Details erklärt unser Parlamentarischer Geschäftsführer Felix Locke im wöchentlichen Videoformat #Lockelmlandtag. [HIER](#) geht's direkt zum Beitrag.

Gespräch mit Herrn Landes-Caritasdirektor Dr. Magg

Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl und der sozialpolitische Sprecher Anton Rittel haben am Dienstag den Landes-Caritasdirektor Dr. Andreas Magg im Bayerischen Landtag empfangen und mit ihm unter anderem über die Resilienz unserer Krankenhäuser sowie das Bürgergeld gesprochen. Beide Seiten waren sich einig, dass Menschen, die keiner Tätigkeit nachgehen, eine große Belastung für den Staat darstellen und ihn viel Geld kosten. Daher braucht es einen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmentalität. [HIER](#) geht's zu den schönsten Fotos.





Stabilisierungshilfen: Eine Stütze für Kommunen!

Auch in diesem Jahr zahlt der Freistaat 100 Millionen Euro in die Kassen strukturschwacher und von der Demografie besonders negativ betroffener Kommunen und Landkreise ein. Die Höhe dieser Stabilisierungshilfen hat das Bayerische Finanzministerium nun bekanntgegeben. Warum diese finanzielle Unterstützung eine wichtige Stütze für Bayerns Kommunen ist, erklärt unser haushaltspolitischer Sprecher Bernhard Pohl. [HIER](#) geht's direkt zum Beitrag.

Austausch mit dem Landesfeuerwehrverband

Unsere Abgeordneten haben sich am Mittwoch mit Johann Eitzenberger, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Bayern, über aktuelle Herausforderungen unserer Feuerwehren ausgetauscht. Besprochen wurden die Themenbereiche Altersgrenze, Investitionsförderungen, Ausrüstung sowie die Finanzierung und Nachrüstung von Feuerwehrgerätehäusern. Wir FREIE WÄHLER im Landtag stehen fest an der Seite unserer Feuerwehren. Denn sie sind in Bayerns Gemeinden das Rückgrat für eine funktionierende Bewältigung unterschiedlichster Gefahren- und Schadenslagen. [HIER](#) geht's zu den schönsten Fotos.



Folgen Sie uns:

 <https://twitter.com/fwlandtag>

 <https://www.facebook.com/fwlandtag>

 <https://www.instagram.com/fwlandtag/>

 **YouTube** <https://www.youtube.com/@fwlandtag>

 <https://www.threads.net/fwlandtag>

Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende!

Impressum

**Landtagsabgeordneter
Dr. Martin Brunnhuber
Hofgasse 2 | 83278 Traunstein
Telefon +49 861 21164123
kontakt@mdl-brunnhuber.de**
